

Philip Morris-Studie
zur Lebenswirklichkeit
in Deutschland

WIE WIR *WIRKLICH* LEBEN



PHILIP MORRIS GMBH

1 — Motivation	3
2 — Methode und Vorgehen	7
3 — Ergebnisse	13
4 — Erwartungstypen	38
5 — Lösungsansätze	52
6 — Fazit	57

1

Motivation

Schon vor Ausbruch der Corona-Pandemie ist unsere Gesellschaft in den vergangenen Jahren erheblich in Bewegung geraten: Die Distanz von Teilen der Bevölkerung zu Politik und Demokratie ist gewachsen, das Vertrauen in Politik und staatliche Institutionen grundsätzlich fragiler geworden und in der Gesellschaft wird zunehmend eine politische Radikalisierung erlebt.

Während Ansätze dieser Tendenzen ihre Berechtigung haben mögen, haben manche Menschen in den letzten Jahren zusätzlich systematisch Argwohn erregt, öffentlich Ausgrenzung betrieben und Polarisierung dabei zumindest billigend in Kauf genommen. Unsere demokratischen Strukturen setzt dies zunehmend unter Druck.

Die Welt ist komplexer geworden – was auch heißt, es müssen differenziertere Aufgaben bewältigt werden. Die Wirtschaft muss Teile davon übernehmen: Uns muss klar sein, dass die Idee einer Trennung von Wirtschaft, Politik und Gesellschaft so nicht mehr zeitgemäß ist. Wertschöpfung und das Schaffen von Arbeitsplätzen sind nicht mehr alleiniger Zweck wirtschaftlicher Akteurinnen und Akteure. Wir als Unternehmen sind angesichts des Wandels in der Gesellschaft angehalten, unsere Rolle zu überdenken und neu festzulegen: Wir müssen akzeptieren, dass wir ebenfalls Teil der Gesellschaft sind und für diese Verantwortung übernehmen müssen. Deshalb haben wir uns zu der Studie *Wie wir wirklich leben* in Zusammenarbeit mit dem Rheingold-Institut aus Köln entschieden.

Als Unternehmen stehen wir selbst mitten in einer grundlegenden Transformation, die nur im ständigen konstruktiven Austausch mit der Gesellschaft gelingen kann. Evidenz und die Möglichkeit einer sachlichen Debatte sind für uns dabei entscheidend. Außerdem schätzen wir als internationales Unternehmen Vielfalt und Inklusion.

Eine gespaltene Gesellschaft wirkt sich negativ auf wirtschaftlichen Erfolg aus. Wenn die Diskussionskultur schwindet, erodieren die gesellschaftlichen und politischen Aushandlungsprozesse, die für Unternehmen in stark regulierten Branchen wie unserer besonders relevant sind. Die Stabilität der Märkte ist wichtig, weil alle wirtschaftlichen Akteure einen verlässlichen Rahmen benötigen, der Regeln des Miteinanders festlegt. Gleichzeitig benötigen wir eine offene Gesellschaft, die Initiative fördert – wir müssen uns darauf verlassen können, dass Innovationen zugelassen werden. Entwicklungen weltweit zeigen, dass Polarisierung und Spaltung oft mit einer Abgrenzung nach außen einhergehen. Als internationales Unternehmen brauchen wir über Landesgrenzen hinweg offene Märkte – für unsere Produkte, Innovation und Talente.

Wir sind überzeugt: Liberale Demokratien bilden für diese Anforderungen den einzig stabilen Rahmen. Dafür wollen wir unser zivilgesellschaftliches Engagement ausweiten, um das Verständnis von den sich ändernden Bedingungen unserer Zeit und den damit einhergehenden gesellschaftlichen Erwartungen zu

beleuchten. Wir hoffen, mit dieser Studie einen Beitrag zu produktiver und sinnstiftender Interaktion zu leisten.

Mit dieser Studie wollen wir Anknüpfungspunkte zur Diskussion stellen – für einen konstruktiven politischen und gesellschaftlichen Diskurs. Die Studie soll zeigen, wie die Deutschen ihre Lebenswirklichkeit angesichts der großen Komplexität und hohen Dynamik erleben. Es geht darum, welche Grundmuster und Veränderungen es in der Wahrnehmung von gesellschaftlichen Themen und besonders in Erwartungen gegenüber der Politik gibt. Aus diesen wollen wir Lösungsvorschläge für Politik und Wirtschaft ableiten und so dazu beitragen, Zusammenhalt und Vertrauen wieder zu stärken.

Um nachvollziehbar zu machen, wie wir das Konzept Lebenswirklichkeit in Deutschland untersucht haben, wird im Folgenden zunächst das Untersuchungsdesign vorgestellt. Im Anschluss an die Präsentation der Ergebnisse werden wir diese nach bestimmten Erwartungstypen, die eine starke Ähnlichkeit in ihrem Antwortverhalten zeigten, systematisieren. Abschließend wollen wir versuchen, aus den Ergebnissen der Studie Lösungsvorschläge für Probleme, die anhand der Ergebnisse deutlich wurden, anzubieten.

2

Methode und Vorgehen

Um das Konzept der Lebenswirklichkeit möglichst gut zu erfassen, basiert die Studie auf einem dreistufigen Untersuchungsdesign. Abbildung 1 zeigt die drei Phasen der Erhebung: Auf eine erste qualitative Erhebung im Februar 2020 folgten zwei quantitative Befragungen im März und Juli desselben Jahres.

Dreistufiges Untersuchungsdesign der Studie



**Qualitative
Tiefenperspektive
30.1.–26.2.2020**



**Quantifizierung
1. Phase
18.3.–27.3.2020**



**Quantifizierung
2. Phase
10.7.–16.7.2020**

2.1 Fokusgruppen und Einzelinterviews

Zunächst sollten die relevanten inhaltlichen Dimensionen des Konzepts der Lebenswirklichkeit mithilfe von qualitativen Interviews und Fokusgruppen explorativ erfasst und das Konzept für einen standardisierten Fragebogen operationalisiert werden. Gleichzeitig sollten durch Tiefeninterviews psychologische Verhaltens- und Einstellungsmuster unter den Befragten identifiziert werden, um die Ergebnisse anhand von Ähnlichkeiten bezüglich der Erwartungen und Einstellungen zu Politik zu typologisieren.

Die qualitative Erhebung wurde in Form von Diskussionen mit sechs Fokusgruppen in drei großen deutschen Städten durchgeführt – jeweils zwei Gruppen in Köln, München und Leipzig. Auf die dabei gewonnenen Erkenntnisse aufbauend wurden anschließend 40 Einzelinterviews in fünf großen und mittelgroßen Städten geführt, je acht in Bochum, Hamburg, Erfurt, Rostock und Stuttgart. Die Städte wurden bewusst ausgewählt, um eine möglichst große Verteilung der Städte über Deutschland zu gewährleisten. Auch wurden Teilnehmende aus dem Umland der Städte einbezogen, um ländlichere Gegenden abzudecken. Die Befragten in der qualitativen Phase der Erhebung waren zwischen 18 und 65 Jahre alt und wurden bewusst nach möglichst großer Variation in Geschlecht, Bildung, Einkommen, Beschäftigung, Haushaltsform, Familienstand sowie Parteipräferenz ausgewählt und zusammengesetzt. Für die Gruppendiskussion wurden die Teilnehmenden in eine jüngere Gruppe (zwischen 18 und 25 sowie 26 und 35 Jahre) und eine ältere Gruppe (zwischen 35 und 49 sowie 50 und 65 Jahre) eingeteilt, um die spätere differenzierte Bewertung der verschiedenen Ziel-, Alters- und Untergruppen zu ermöglichen.

Basierend auf den Ergebnissen der qualitativen Tiefeninterviews wurde ein Fragebogen für die quantitativen Erhebungswellen erstellt.

1

Frageblock
Lebenswirklichkeit in Deutschland

2

Frageblock
Politische Einstellungen und Meinungen

3

Frageblock
Informationsverhalten

4

Soziodemographie
inklusive Wahlentscheidung

5

Corona-Frage

2.2 Quantitative Befragungen

Basierend auf den Ergebnissen der qualitativen Tiefeninterviews wurde ein Fragebogen für die quantitativen Erhebungswellen erstellt.

Der Aufbau des Fragebogens ist in Abbildung 2 dargestellt: Auf einen Frageblock zur individuellen Lebenssituation der Befragten folgte die Erfassung politischer Einstellung und Meinungen. Hier wurden sowohl Meinungen zu und Bewertungen von Politik und Parteien im Allgemeinen als auch zu politischen Maßnahmen im Spezifischen abgefragt. In einem weiteren Schritt wurde das Informationsverhalten der Befragten erfasst und durch zwei Multiple-Choice-Fragen wurde politisches Wissen abgefragt. Der soziodemographische Abschnitt wurde ergänzt um eine Frage, wen die Teilnehmenden wählen würden, wenn am kommenden Sonntag Bundestagswahl wäre. Da die quantitativen Erhebungswellen jeweils während der Corona-Pandemie und des bundesweiten Lockdowns durchgeführt wurden, wurde am Ende des Fragebogens eine Frage zur Einschätzung der Corona-Pandemie gestellt, um ein mögliches Bias, das in der Bewertung bestimmter politischer Themen entstehen könnte, zu erkennen und gegebenenfalls zu korrigieren. Durch die Platzierung der Frage am Ende des Fragebogens wurden Priming-Effekte bei den Befragten vermieden.

Der Fragebogen bestand fast ausschließlich aus Multiple-Choice-Fragen und Skalen zur Zustimmung oder Bewertung von Aussagen. Die Möglichkeit zu offenen Antworten wurde nur in wenigen Fällen gegeben. Die beiden quantitativen Erhebungen wurden in bundesweiten Umfragen unter der zur Bundestagswahl wahlberechtigten Bevölkerung Deutschlands durchgeführt. Die erste Erhebungswelle fand im Zeitraum vom 18. bis 27. März 2020 statt, die zweite quantitative Erhebung vom 10. bis 16. Juli 2020. Durch die zwei Erhebungszeiträume war es möglich, den Einfluss der Corona-Pandemie in Deutschland auf die von uns abgefragten inhaltlichen Dimensionen zu erkennen und Veränderungen zwischen beiden Erhebungszeiträumen festzustellen. Die Stichprobe der ersten Befragung ergab einen Umfang von $n=1.350$, die zweite einen Umfang von $n=1.548$. Beide Stichproben sind durch eine Zufallsauswahl der Befragten und durch den Stichprobenumfang repräsentativ für die wahlberechtigte Bevölkerung Deutschlands.

3

Ergebnisse

Zunächst führten beide Befragungswellen zu sehr konsistenten Ergebnissen, weshalb hier davon abgesehen wird, die Ergebnisse beider Erhebungszeitpunkte getrennt darzustellen. An Stellen, an denen auffällige Unterschiede oder unerwartete Gemeinsamkeiten zwischen beiden Erhebungszeitpunkten festgestellt werden konnten, wird auf diese explizit eingegangen.

3.1 Bewertung der Lebenswirklichkeit in Deutschland

Der erste Teil des Fragebogens befasste sich mit der Bewertung der eigenen Lebenssituation sowie der Wahrnehmung der gesellschaftlichen Situation in Deutschland. Zunächst fand sich unter den Befragten eine Bestätigung des in letzter Zeit häufig vermuteten Befundes, die deutsche Gesellschaft sei zunehmend gespalten und klassische Konfliktlinien wie der sozio-ökonomische Status oder die politische Orientierung würden sich gleichzeitig verstärken. So stimmten 63 Prozent der Befragten der Aussage „Die Gesellschaft ist aus den Fugen geraten und gespalten, das macht mir Angst“ zu. Bereits in der qualitativen Phase der Erhebung wurde der Eindruck einer zunehmend gespaltenen und radikalisierten Gesellschaft bestätigt. So äußerte ein Teilnehmer der Fokusgruppen: „Wir haben einen zu großen Rechtsruck in Deutschland, da muss man fast Angst haben, dass es nochmal einen Krieg geben könnte.“

Diesem Befund entsprechend wurde auch die allgemeine Stimmung in Deutschland von der Mehrheit als negativ bewertet. Wie Abbildung 3 zeigt, empfanden nur 32 Prozent der Befragten die Stimmung in Deutschland als eher gut oder sehr gut. In der zweiten Befragungswelle reduzierte sich die negative Bewertung der gesamtgesellschaftlichen Stimmung etwas. Befragte, die die Stimmung in Deutschland als eher schlecht einschätzten, blieben aber dennoch in der Mehrheit.

Ein anderes Bild zeichnete sich, wie ebenfalls in Abbildung 3 dargestellt, in der Bewertung der eigenen Lebenssituation der Befragten: So bewerteten 72 Prozent die eigene Lebenssituation als eher gut oder sehr gut. Auch stimmten 78 Prozent der Befragten der Aussage eher oder voll und ganz zu, dass man in Deutschland alles in allem ein schönes Leben führen könne. Hier zeichnete sich eine hohe Wertschätzung der individuellen Freiheit und Möglichkeit zur freien Lebensgestaltung in Deutschland ab: Rund 80 Prozent der Befragten stimmten der Aussage eher oder ganz zu, dass sie sich individuell frei darin fühlen würden, ihr Leben zu gestalten. Sogar 91 Prozent betonten die Möglichkeit anderer, frei zu entscheiden, wie, wo und mit wem sie leben möchten, als Stärke Deutschlands.

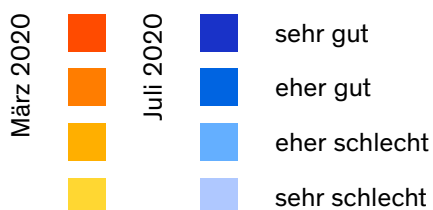
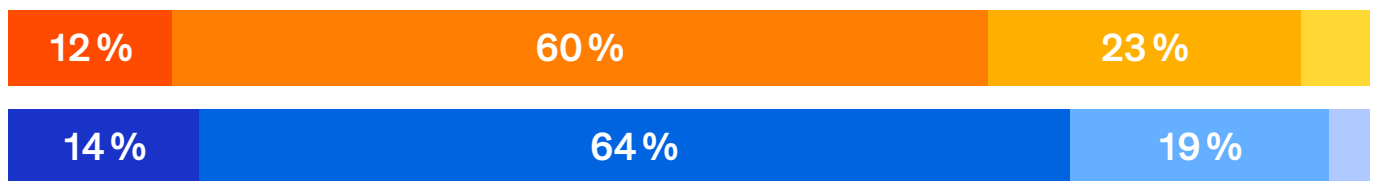
„Wie empfinden Sie generell ihre eigene Lebenssituation – die Stimmung in Deutschland?“

Die Lebenswirklichkeit in Deutschland wird als wesentlich weniger positiv wahrgenommen als die persönliche Lebenswirklichkeit.

Die Stimmung in Deutschland



Die eigene Lebenssituation



Vergleicht man hier die Bewertungen der gesellschaftlichen Lage in Deutschland mit der Bewertung der eigenen Lebenssituation und -umstände, zeigt sich eine starke Diskrepanz zwischen der Wahrnehmung der Befragten ihres eigenen Lebens und der Wahrnehmung der Umwelt. Die eigene Lebenssituation wird deutlich positiver bewertet als die gesamtgesellschaftliche Situation. Während die individuellen Lebensumstände als gut und frei bewertet wurden, bestand gegenüber der gesellschaftlichen Situation Unsicherheit: Das gesellschaftliche Klima wurde als schlecht empfunden, und es wurde eine zunehmende Spaltung der Gesellschaft gesehen.

3.2 Einschätzungen über die Zukunft in Deutschland

Über die Bewertung der gegenwärtigen Lage in Deutschland hinaus sollten die Teilnehmenden auch eine Frage nach ihrer Einschätzung der Zukunft Deutschlands beantworten. Abbildung 4 zeigt, dass sich die überwiegende Mehrheit der Befragten darin einig war, dass ein gesellschaftlicher Wandel bevorstehe. Hier zeigte sich ein interessanter Gegensatz zu der eher negativen Bestandsaufnahme der aktuellen Situation: Auf die Frage, wie diese erwartete Entwicklung bewertet wird, erhielt die Aussage, der Wandel könne eine Chance sein, wenn man richtig handle, die deutlichste Zustimmung. Rund 70 Prozent stimmten zu, dass „alles Mögliche“ passieren könne, die Zukunft Deutschlands sei ungewiss. Eine Minderheit zeigte sich – entgegen der negativen Bewertung der Gegenwart – in Bezug auf die Zukunft pessimistisch: Lediglich rund 35 Prozent gingen von einem „Crash“ Deutschlands aus.

„Wie schätzen Sie die Zukunft für Deutschland in den nächsten Jahren ein? Mit welchem Gefühl betrachten Sie die Zukunft Deutschlands?“

Ich denke, wir stehen vor einer Zeitenwende. Uns stehen drastische Änderungen bevor.



Den bevorstehenden Wandel sehe ich als Chance. Wenn wir richtig handeln, können wir viel draus machen.



Ich befürchte, dass ein Crash oder Niedergang Deutschlands bevor steht.



Die Menschen interessieren und engagieren sich stärker als früher, das macht mir Hoffnung.



Ich habe keine Ahnung; es könnte alles Mögliche passieren.



- Juli 2020
- stimme voll und ganz zu
 - stimme eher zu
 - stimme eher nicht zu
 - stimme überhaupt nicht zu

Die Ergebnisse des ersten Frageblocks zeigen zusammenfassend in zweierlei Hinsicht ein ambivalentes Bild: Erstens steht die Bewertung der aktuellen gesellschaftlichen Stimmung in Deutschland im Kontrast zur Bewertung der eigenen Lebenssituation. Während Erstere negativ bewertet wird, wird Letztere positiv erlebt. Man kann hier also auf eine zunehmende Differenzierung beider Sphären schließen. Als negativ empfundene Einflüsse aus Gesellschaft und Umwelt werden von der eigenen Lebenswelt abgegrenzt.

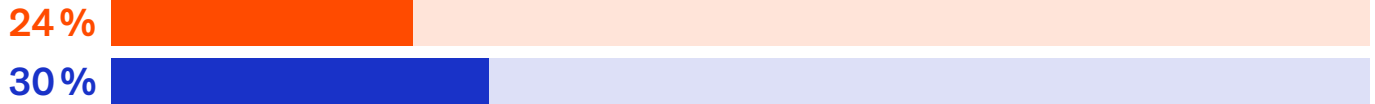
Zweitens wird die Zukunft Deutschlands, obwohl die Gegenwart pessimistisch gesehen wird, als Chance begriffen – unter der Prämisse, dass man nun, in Zeiten des Wandels, richtig handelt. Diese Einschätzung könnte auf ein zunehmendes politisches Engagement der Befragten hindeuten: Handeln ist notwendig und – auf Basis der optimistischen Einschätzungen – auch möglich, um die Zukunft Deutschlands positiv zu gestalten.

3.3 Einstellungen zur Politik

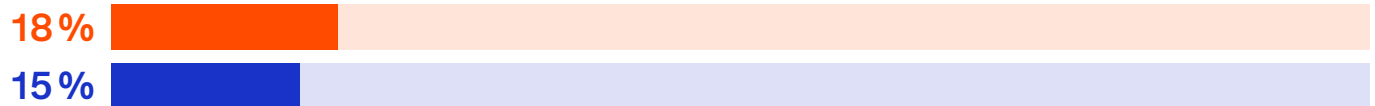
Als nächstes wurden Einstellungen zu Politik – auch hier mehrheitlich in Form von Bewertungen auf Zustimmungsskalen – abgefragt. Zunächst zeigt Abbildung 5 das Wahlverhalten in beider Stichproben im Vergleich. Die deutlichste Veränderung zeigt sich bei der CDU, in der zweiten Erhebungswelle ist hier ein klarer Stimmzuwachs zu erkennen.

Parteipräferenzen bei der Bundestagswahl in beiden Erhebungswellen

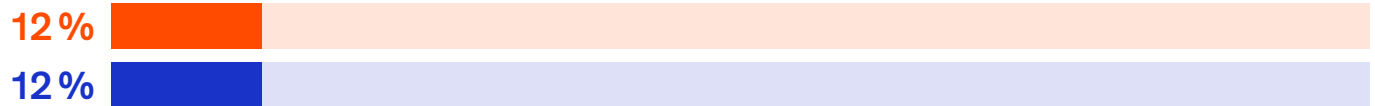
CDU



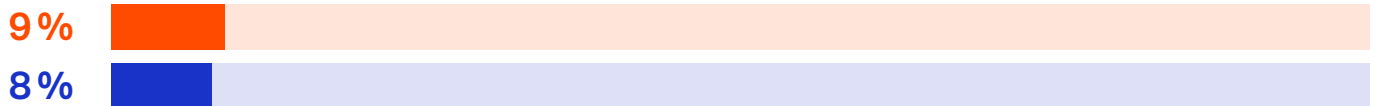
GRÜNE



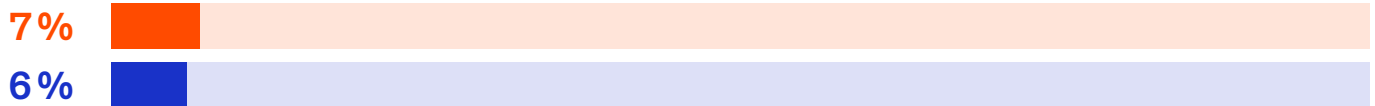
SPD



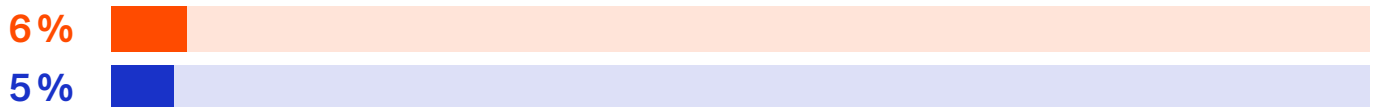
AfD



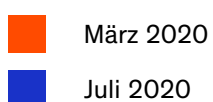
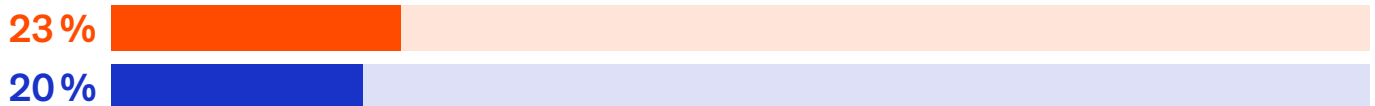
LINKE



FDP



Unentschlossene/Nichtwähler



Zusätzlich zu der Frage nach der Wahlentscheidung wurden zwei Wissensfragen zum Wahlsystem in Deutschland gestellt, die die Befragten im Durchschnitt gut beantworten konnten: Die Mehrheit (63 Prozent) wusste die richtige Antwort auf die Frage danach, welche Institutionen und Ämter in Deutschland per Direktwahl besetzt werden könnten. Etwas schlechter fielen die Antworten nach der Funktion der Zweitstimme bei den Bundestagswahlen aus – hier konnten nur 48 Prozent der Zweitstimme ihre korrekte Funktion zuordnen.

Die weiteren Ergebnisse zeigen eine eher negative Bewertung der Politik: Nur 10 Prozent der Befragten stimmten der Aussage zu, die Politik sei nah an den Bedürfnissen der Bevölkerung. Hingegen sagten jeweils über 50 Prozent, die Politik sei gelähmt und handle zu langsam, es gebe zu viel unproduktiven Streit und Profilierungssucht.

Die Bewertung der Politik fiel in der zweiten Befragungswelle etwas positiver aus als in der ersten, wie Abbildung 6 zeigt. Das Gesamtbild blieb zwar auch hier das Gleiche – die negativen Aussagen erhielten mehr Zustimmung als die positiven –, allerdings reduzierte sich die Zustimmung zu den Aussagen, die deutsche Politik sei gelähmt und die Politik sei zu beschäftigt mit unproduktiver Streiterei, um jeweils sechs bis sieben Prozentpunkte.

Bewertung der deutschen Politik

In der deutschen Politik gibt es zu viel Zank, Profilierungssucht und unproduktive Streiterei.



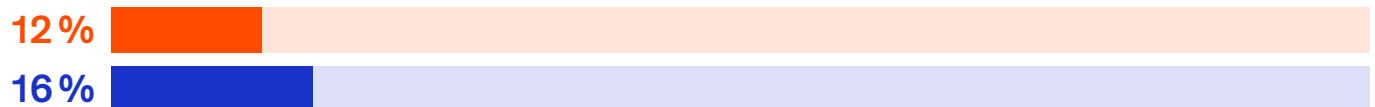
Es herrscht eher Stillstand und Lähmung in der Politik.
Viele notwendige Schritte und Änderungen werden nicht vorgenommen.



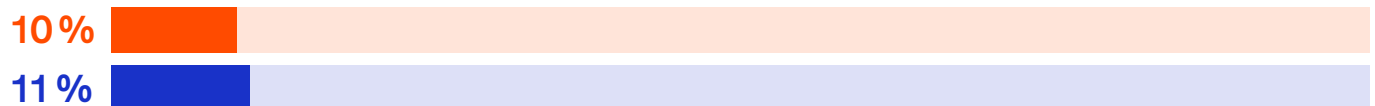
In der deutschen Politik werden zu oft faule Kompromisse geschlossen.



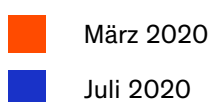
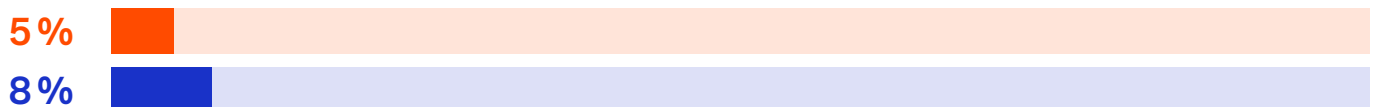
Die deutsche Politik handelt tatkräftig, mutig und entschlossen.



Die Politik ist nah an der Lebenswirklichkeit und den Sorgen/Bedürfnissen der Bürger.



Keine der o. g. Aussagen.

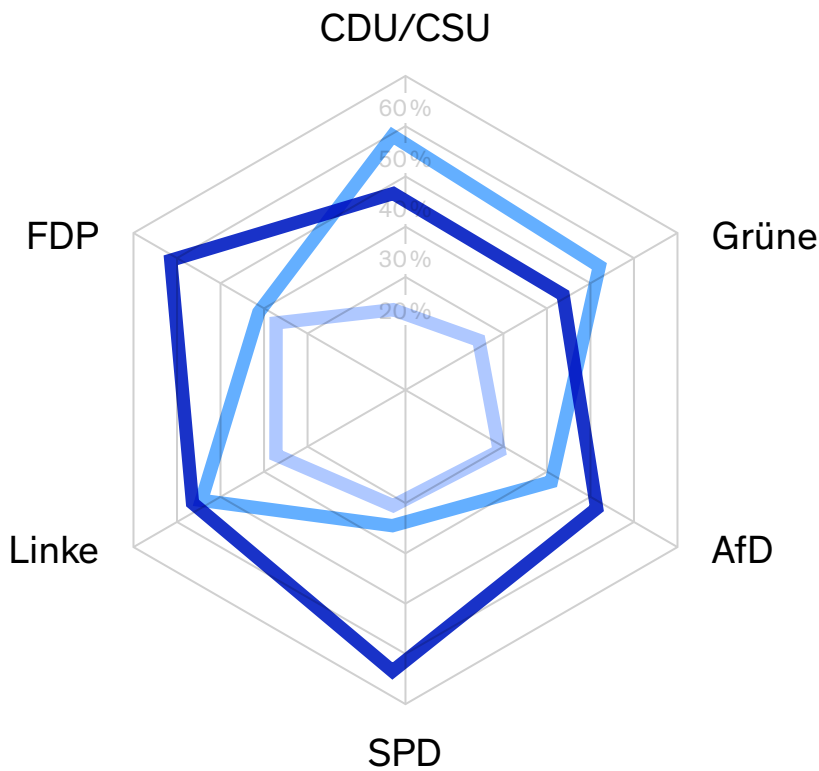
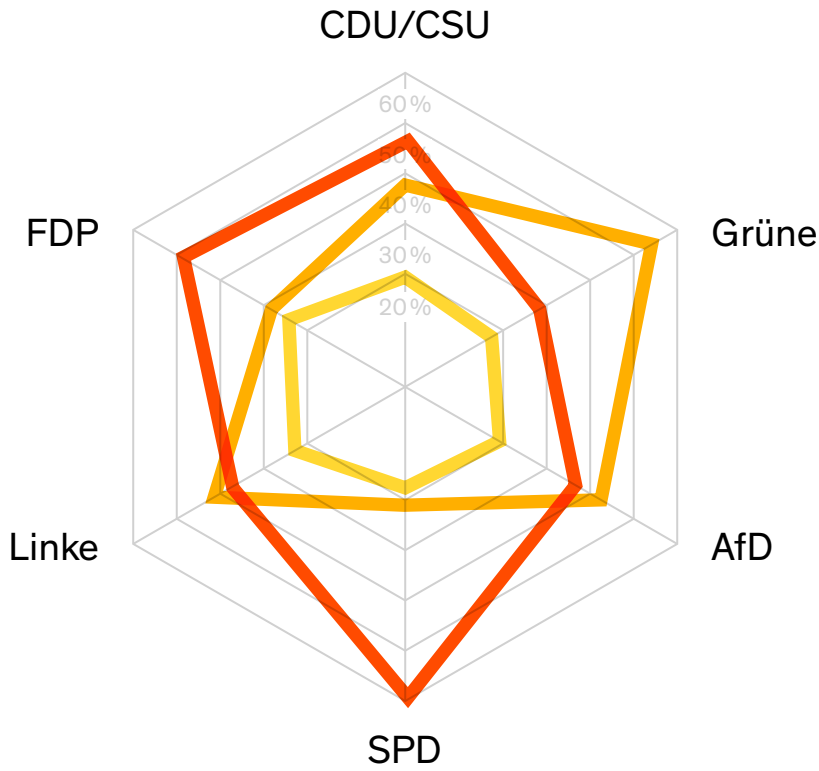


Auf die Frage nach einem politischen Stil oder Umgang, der Politik aus Sicht der Befragten bürgernäher machen würde – und damit der negativen Sicht auf Politik in Deutschland entgegenwirken könnte –, wurden alle von uns angebotenen Items im Mittel als wichtig oder sehr wichtig eingestuft: Die Deutschen wollen mehr Ehrlichkeit und Offenheit, stärkere Verständlichkeit politischer Maßnahmen und Sachverhalte, klarere Haltungen und mehr Authentizität seitens der Politikerinnen und Politiker, respektvolleren Umgang untereinander – gleichzeitig aber auch höhere Kompromissbereitschaft.

3.4 Bewertung politischer Parteien

Wurden Teilnehmende nach Parteien in Deutschland gefragt, zeichnete sich ein deutliches Bild ab, welchen politischen Parteien ein klares Profil zugeordnet werden konnte und welchen nicht. Hier zeigt sich ebenfalls ein interessanter Unterschied zwischen beiden Erhebungszeitpunkten, der in Abbildung 7 dargestellt ist: Während zum ersten Erhebungszeitpunkt im März 2020 noch die Grünen, AfD und die Linke als die Parteien mit dem stärksten Profil wahrgenommen wurden, war es im Juli 2020 die Union, der der klarste Standpunkt zugeordnet wurde. Hier hatte die Corona-Pandemie also einen deutlichen – und für die Union positiven – Effekt auf die Ergebnisse unserer Befragung. SPD und FDP wurden zu beiden Zeitpunkten als Parteien mit dem unklarsten Profil eingestuft.

„Bei welchen Parteien erleben bzw. vermissen Sie ein klares Profil, eine klare Haltung?“



- März 2020
- Juli 2020
- kein klares Profil
- klares Profil
- ich weiss es nicht

Ähnlich verhielt es sich, als die Befragten bewerten, in welchen Politikbereichen sie welche Partei als besonders kompetent ansehen: Die Union konnte in der zweiten Erhebungswelle einen breiten Kompetenzgewinn in der Einschätzung unserer Befragten verzeichnen. Im Bereich Innere Sicherheit wurden der CDU mit Abstand die größten Kompetenzen attestiert. Nur im Themenfeld Klimawandel und Umweltschutz wurden die Grünen als kompetenter angesehen als die Union, im Bereich Soziale Gerechtigkeit die SPD.

Ein weiterer interessanter Befund zu politischen Parteien in der Studie zeigte sich in der Frage nach dem Vertrauen, das Teilnehmende in Parteien als Informationsquellen haben: Nur knapp 25 Prozent der Befragten gaben an, den Informationen politischer Parteien zu vertrauen.

3.5 Bewertung politischer Themen nach Relevanz

Die Teilnehmenden wurden ebenfalls gebeten, politische Themenfelder (z. B. Klimaschutz, Innere Sicherheit, Verbraucherschutz) nach persönlich empfundener Relevanz zu bewerten. Wie Abbildung 8 veranschaulicht, zeigte sich in der Bewertung der Themen, dass die Befragten alle zur Auswahl angebotenen politischen Themenfelder als ungefähr gleich wichtig einstufte. Im Mittel lag der Skalenwert bei jedem Thema zwischen wichtig (3) und sehr wichtig (4). Allein das Thema Migration und Integration erreichte im Mittel keinen Skalenwert von 3. Fragt man nach dem wahrgenommenen Umgang der deutschen Politik mit den einzelnen Themen, ist die Mehrheit der Befragten bei allen Themen der Ansicht, dass zu wenig oder zu langsam gehandelt wird. Auch hier fiel Migration als einziges Thema etwas aus dem Antwortmuster: Obwohl die Mehrheit zustimmte, dass zu wenig getan werde, sagten 17 Prozent, es werde zu viel gemacht. Bei den anderen Themen bewegte sich diese Einschätzung immer auf einem Zustimmungsniveau von unter 10 Prozent.

„Welche Themen beschäftigen Sie schon länger bzw. welche Themen sind Ihnen sehr wichtig?“

Aktuell wichtig: Gesundheit, soziale/innere Sicherheit und das Miteinander in der Gesellschaft. (Skala von 1 = unwichtig bis 4 = sehr wichtig)

Klimawandel / Umweltschutz



Innere Sicherheit



Gesundheit / Gesundheitspolitik



Soziale Sicherheit / soziale Gerechtigkeit



Migration / Integration



Verbraucherschutz



Das Miteinander in der Gesellschaft / Spaltung, Verrohung, Aggressivität etc.



Digitalisierung / zukunftsfähige Infrastruktur, Arbeit, Wirtschaft etc.



Im Anschluss an die Bewertung großer politischer Themenfelder wurden die Befragten gebeten, konkrete Maßnahmen (z. B. Tempolimit im Bereich Umweltschutz, Zuckersteuer im Bereich Gesundheit) in diesen Bereichen zu bewerten. Hier zeigte sich ein klares Muster in fast allen Themenfeldern: Maßnahmen, die den eigenen Lebensstil möglichst wenig tangieren, wurden gegenüber Maßnahmen, die Einschränkungen im eigenen Verhalten mit sich bringen würden, deutlich favorisiert. Abbildung 9.1 bis 9.3 zeigt dieses Muster in den Bereichen Klimawandel/Umweltschutz, Gesundheit und Verbraucherschutz: Die mit Abstand höchste Zustimmung hatten Maßnahmen, die entweder keinen Einfluss auf das individuelle Verhalten haben, beispielsweise Aufforstung oder Wind- und Sonnenenergie im Bereich Klimaschutz fördern, oder für das Individuum von Vorteil sind wie günstigere öffentliche Verkehrsmittel. Deutlich niedriger war die Zustimmung zu Maßnahmen, die Verbotscharakter haben, beispielsweise Tempolimit, CO₂-Steuer oder das Verbot der Zulassung von Benzin- und Dieselmotoren ab dem Jahr 2030.

„Was sind Ihrer Meinung nach notwendige, politische Maßnahmen im Bereich Klimawandel/Umweltschutz?“

Wiederaufforstung: Bäume pflanzen und nachhaltig gesunde Mischwälder schaffen.



Öffentliche Verkehrsmittel deutlich preiswerter und attraktiver machen.



Wind- und Sonnenenergie mehr fördern.



Tempolimit 130 km/h.



Elektromobilität bezuschussen, Lade-Infrastruktur ausbauen.



Höhere CO2-Steuer.



Ab 2030 keine Neuwagen mit Benzin-/Dieselmotoren zulassen.



Nichts davon; man sollte eher die Klimahysterie bekämpfen.



Sonstiges.



Ich weiß es nicht.



„Was sind Ihrer Meinung nach notwendige politische Maßnahmen in den Bereichen Gesundheit und Ernährung?“

Höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen in der Alten- und Krankenpflege.



Tierhaltung und Lebensmittelproduktion in Deutschland stärker überwachen und kontrollieren.



Subventionen für Massentierhaltung und Großbetriebe in der Landwirtschaft abschaffen, und dafür Kleinbauern fördern.



Gesundheitsversorgung stärker staatlich regeln, weniger der freien Wirtschaft überlassen.



Den Nutri-Score („Lebensmittelampel“) verbindlich einführen, damit man auf einen Blick gesunde vs. ungesündere Lebensmittel erkennt.



Eine Zuckersteuer wie in Großbritannien, damit weniger Zucker in Lebensmitteln verarbeitet wird.



Sonstiges.



Ich weiß es nicht.



„Was sind Ihrer Meinung nach notwendige politische Maßnahmen in den Bereichen Gesundheit und Verbraucherschutz?“

Verbraucher besser vor Manipulation und Irreführung im Internet schützen, z.B. durch mehr Transparenz bei Verträgen, Dienstleistungen und Vergleichsportalen.



Irreführende Werbung mit Gesundheitsaussagen stärker kontrollieren und ggf. verbieten.



Mehr Aufklärung und Transparenz schaffen.



Werbung für gesundheitsschädliche Produkte (Alkohol, Tabak, stark zuckerhaltige Produkte o. ä.) verbieten.



Preise für Alkohol und Zigaretten erhöhen.



Staatliches Qualitätssiegel für Gesundheitsinformationen im Internet.



Liberalere Drogenpolitik: Über Gefahren aufklären, aber Kauf / Konsum weniger kriminalisieren.



Ich weiß es nicht.



Erwartungen an die Politik

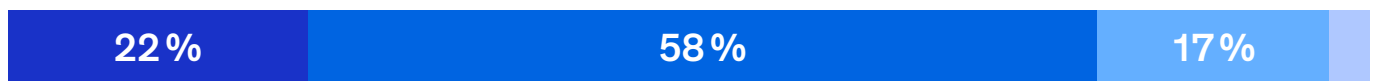
Durchweg positiv bewertet wurden Vorschläge mit dem Ziel, die Kommunikation zwischen Bürgerinnen und Bürgern und der Politik zu verbessern oder diese mehr in politische Entscheidungen und Vorhaben einzubeziehen. Abbildung 10 zeigt die Ergebnisse. Sowohl die Idee, politische Vorhaben in kleineren Gruppen vor der Umsetzung zu testen und Bürgerinnen und Bürger frühzeitig bei der Entwicklung dieser einzubeziehen, als auch die Etablierung von Informationsportalen für einzelne Politikbereiche fanden unter den Befragten überwiegend Zustimmung. Eine Mehrheit befürwortete auch eine Regierungs-App für den direkten Austausch zwischen Bürgerinnen und Bürgern und Regierung, wenn auch hier die Zustimmung nicht so deutlich ausgeprägt war wie bei den übrigen Vorschlägen.

„Wie bewerten sie die folgenden Vorschläge zur Verbesserung der Kommunikation und Stärkung des Vertrauens zwischen Bürgern und Politik?“

Gesetzesvorhaben in kleinen Gruppen mit Bürgern testen.



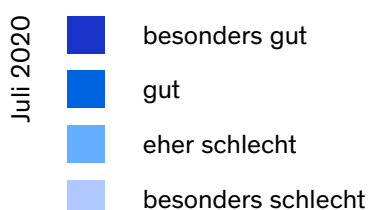
Einbeziehung der Bürger bei der Entwicklung politischer Vorhaben (z.B. Bürger- und Praxischeck).



Nationale Informationsportale zu einzelnen Politikbereichen (z. B. Gesundheit od. Verbraucherschutz).



Eine App zum Austausch zwischen Bürger und Regierung („Regierungs-App“).



„Wie beurteilen Sie die folgenden Vorschläge zur Digitalisierung?“

Digitale Gesundheits-Apps zur Vorbeugung von Krankheiten.



Ein Ausbau der Telemedizin / digitale Sprechstunde.



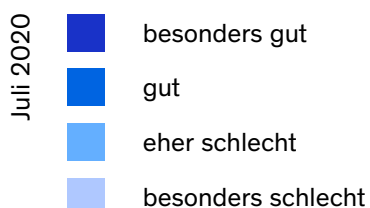
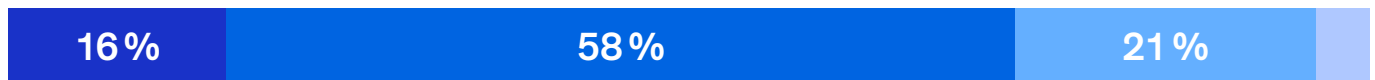
Die digitale Steuererklärung per App.



Digitale Erreichbarkeit im öffentlichen Dienst.



Ein Online-Portal für staatliche Dienstleistungs-Apps.



Ein zweites Thema, bei dem die Befragten alle von uns aufgeführten Items befürworteten, waren digitale Services, wie in Abbildung 11 dargestellt.

Digitalisierung im Bereich Gesundheit, beispielsweise eine Gesundheits-App oder digitale Sprechstunden, wurden mehrheitlich befürwortet, aber etwas kritischer gesehen als der Vorschlag einer Steuererklärungs-App. Die digitale Erreichbarkeit des öffentlichen Dienstes wurde unter den Befragten mit einer Zustimmung von fast 80 Prozent am positivsten bewertet.

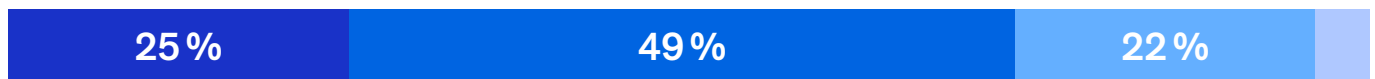
Im Vergleich zu der in Abbildung 9.1 bis 9.3 aufgeführten Bewertung politischer Maßnahmen, nach der insgesamt mehr Maßnahmen als nicht sinnvoll oder schlecht eingestuft wurden, muss ergänzt werden, dass dies teils auf die von uns angebotenen Antwortmöglichkeiten zurückzuführen ist. Die Fragen zur Kommunikation und zu digitalen Services, bei denen alle Maßnahmen als sinnvoll und gut erachtet wurden, enthielten keine Antwortoptionen, die Verbotsscharakter haben oder Einschränkungen vornehmen würden. Die positive Bewertung ist daher nicht vergleichbar mit dem zuvor festgestellten Antwortmuster bei den Bereichen Klimaschutz, Gesundheit und Verbraucherschutz, zeigt aber dennoch den klaren Wunsch unter den Teilnehmenden nach mehr Partizipationsmöglichkeiten und digitalen Dienstleistungen von Seiten des Staates.

Dieser Wunsch reiht sich ein in die Sicht auf die Regierungsarbeit in Deutschland: Wie Abbildung 12 zeigt, erhielt die höchste Zustimmung das Item, das den Staats als serviceorientierten Dienstleister beschreibt. Auch sprachen sich die Befragten deutlich für einen starken Staat aus, der Sicherheit und Ordnung gewährleistet.

„Was erwarten Sie von der künftigen Regierungsarbeit in Deutschland?“

Ca. 3/4 erwarten vom Staat einen serviceorientierten Dienstleister und Präsenz für Sicherheit und Kontrolle.

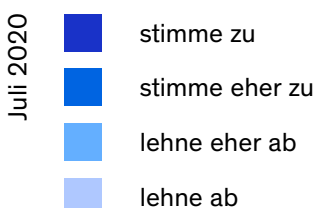
Ich erwarte, dass der Staat überall präsenter ist, um mehr Sicherheit und Kontrolle durchzusetzen.



Ich erwarte, dass der Staat zu einem serviceorientierten Dienstleister für die Bürger umgebaut wird.



Ich erwarte, dass mehr finanzielle Anreize gesetzt werden.



Informationsverhalten

Die Ergebnisse der Fragen zum Informationsverhalten der Teilnehmenden sollen in diesem Abschnitt nur noch kurz angerissen werden, da sie im Folgenden noch differenzierter aufgeführt werden. Allgemein gaben Befragte in der Mehrheit an, sich breit über Zeitgeschehen und Politik zu informieren. Am häufigsten wurden hier Fernsehen oder Nachrichten im Radio als Quellen für politische Information angegeben, sozialen Medien wurde unter den Befragten in der großen Mehrheit (ca. 80 Prozent) misstraut.

Einschätzungen zur Corona-Pandemie

Unsere abschließende Frage zur Corona-Pandemie ist vor allem im Vergleich beider quantitativer Erhebungen interessant. Abbildung 13 zeigt die Veränderung der Zustimmung unter den Befragten der ersten und zweiten Befragungswelle. Während die wirtschaftliche Bedrohung in der zweiten Welle deutlich stärker wahrgenommen wurde, sank die Angst vor der eigenen Infektion, die sich ohnehin auf einem Zustimmungsniveau von unter 50 Prozent der Befragten in beiden Erhebungen bewegte. Ebenso war der Bedarf nach mehr Information niedrig und sank in der zweiten Erhebung sogar noch. Im Widerspruch zu der in der zweiten Welle deutlich besseren Bewertung der Union wurden die Maßnahmen von Bund und Ländern als weniger sinnvoll erachtet als in der ersten Welle – auch wenn die deutliche Mehrheit sie nach wie vor gut und nachvollziehbar fanden. Das Gefühl unter den Befragten, Informationen würden zurückgehalten werden, fand in beiden Befragungswellen in etwa eine Zustimmung oder Ablehnung von 50/50 unter den Befragten.

Aus aktuellem Anlass noch eine Frage zum Thema Corona-Virus: „Wie sehr stimmen Sie den folgenden Aussagen zur Corona-Epidemie zu?“

Die Corona-Epidemie ist eine Bedrohung für die deutsche Wirtschaft.



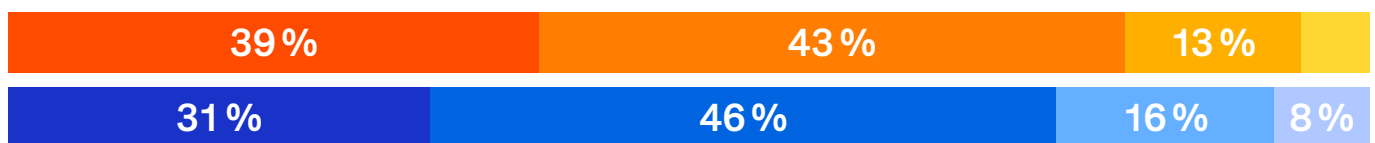
Ich habe Angst vor einer Infektion.



Ich hätte gern mehr Informationen zum Thema Corona.



Die Maßnahmen des Bundes und der Landesregierungen halte ich für angemessen und sinnvoll.



Ich habe das Gefühl, dass die offiziellen Stellen die Wahrheit verheimlichen oder beschönigen.



4

Erwartungstypen

Über die Darstellung der Ergebnisse im Aggregat hinaus war es Ziel der Studie, Antwortmuster unter den Befragten nach Ähnlichkeiten zu systematisieren. Daraus wurden sogenannte Erwartungstypen gebildet. Mithilfe einer zweistufigen Clusteranalyse wurden diese Erwartungstypen in unserem Datensatz festgestellt.

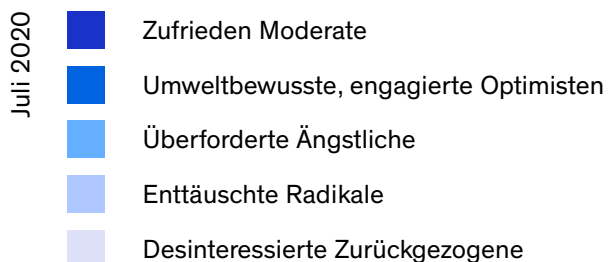
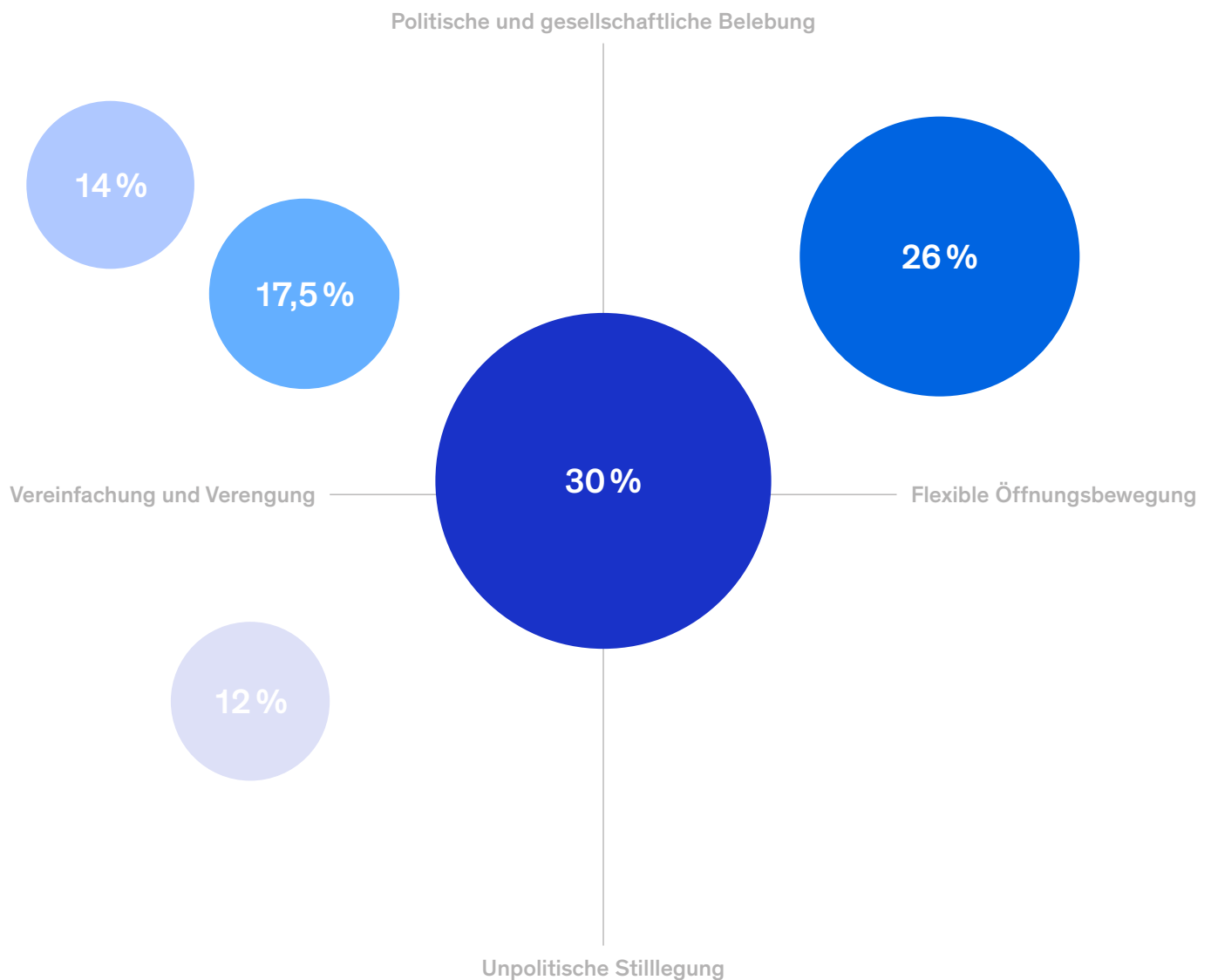
Clusteranalyse

Eine Clusteranalyse ist ein exploratives Verfahren zur Ermittlung von natürlichen Gruppierungen (Clustern) in großen Datensätzen. Die Kategorien sind nicht vorab festgelegt, sondern ergeben sich aus Ähnlichkeiten verschiedener Fälle in einem vorhandenen Datensatz. Ist ein Fall zu unterschiedlich zu einem vorherigen, wird aus diesem eine Gruppe erstellt. Im Falle dieser Studie sind fünf solche Cluster aus den Daten zu erkennen. Diese wurden mit den Datensätzen der qualitativen Phase abgeglichen und in die hier festgestellten Grunddimensionen eingeordnet. Die Bezeichnungen der Erwartungstypen ergeben sich daher aus Selbstbeschreibungen der Teilnehmenden in der qualitativen Phase der Erhebung.

Wie Abbildung 14 zeigt, wurden die verschiedenen Erwartungstypen entlang von zwei Achsen eingeordnet: Die X-Achse bildet den Grad der Offenheit einer Gruppe gegenüber neuen Informationen, gesellschaftlichen Themen und Diversität ab. Das minimale Extrem wird hier bezeichnet als Vereinfachung und Verengung, auf der entgegengesetzten Seite steht die Flexible Öffnungsbewegung. Die Y-Achse zeigt den jeweiligen Politisierungs- und Mobilisierungsgrad der Erwartungstypen, wobei die Extreme hier als Politische und gesellschaftliche Belebung und Unpolitische Stilllegung bezeichnet sind.

Die fünf Erwartungstypen sind in Abbildung 14 entsprechend ihrer inhaltlichen Ausrichtung auf den Achsen angeordnet. Ebenfalls entsprechend der inhaltlichen Ausrichtung des Antwortmusters der Erwartungstypen haben sich die Bezeichnungen der Gruppen ergeben: Die sogenannten Zufrieden-Moderaten, die Umweltbewussten engagierten Optimisten, die Überforderten Ängstlichen, die Desinteressiert Zurückgezogenen und die Enttäuschten Radikalen. Die Spezifika der einzelnen Erwartungstypen werden im Folgenden erläutert.

Einordnung der Erwartungstypen anhand von Politisierungsgrad und Grad der Tendenz zur Vereinfachung gesellschaftlicher Sachverhalte



Die Zufrieden-Moderaten

Aus rund 30 Prozent der Befragten wurde aufgrund ähnlichen Antwortverhaltens in beiden Erhebungswellen der Typus des Zufrieden-Moderaten gebildet. Dieser Typus stellt damit den größten Anteil der Stichprobe dar, das Antwortverhalten der Zufrieden-Moderaten stimmt daher auch stark mit den Ergebnissen aus der gesamten Stichprobe überein. Insgesamt deuteten ihre Antworten auf eine allgemeine Zufriedenheit sowohl mit dem eigenen Leben als auch mit dem deutschen Staat und der deutschen Politik hin.

Auf ein paar Auffälligkeiten soll hier jedoch eingegangen werden: Die Gruppe zeigte im Verhältnis zu den oben aufgeführten Ergebnissen der Gesamtstichprobe eine etwas höhere Zufriedenheit mit der deutschen Politik ganz allgemein sowie im Umgang mit spezifischen Themen. Ihre Erwartungen an die deutsche Politik waren dementsprechend moderat, hier wurden vor allem diejenigen Maßnahmen befürwortet, die den eigenen Lebensstil möglichst wenig beeinflussen oder einschränken. Fragen zu politischem Wissen beantwortete diese Gruppe häufiger richtig als der Durchschnitt.

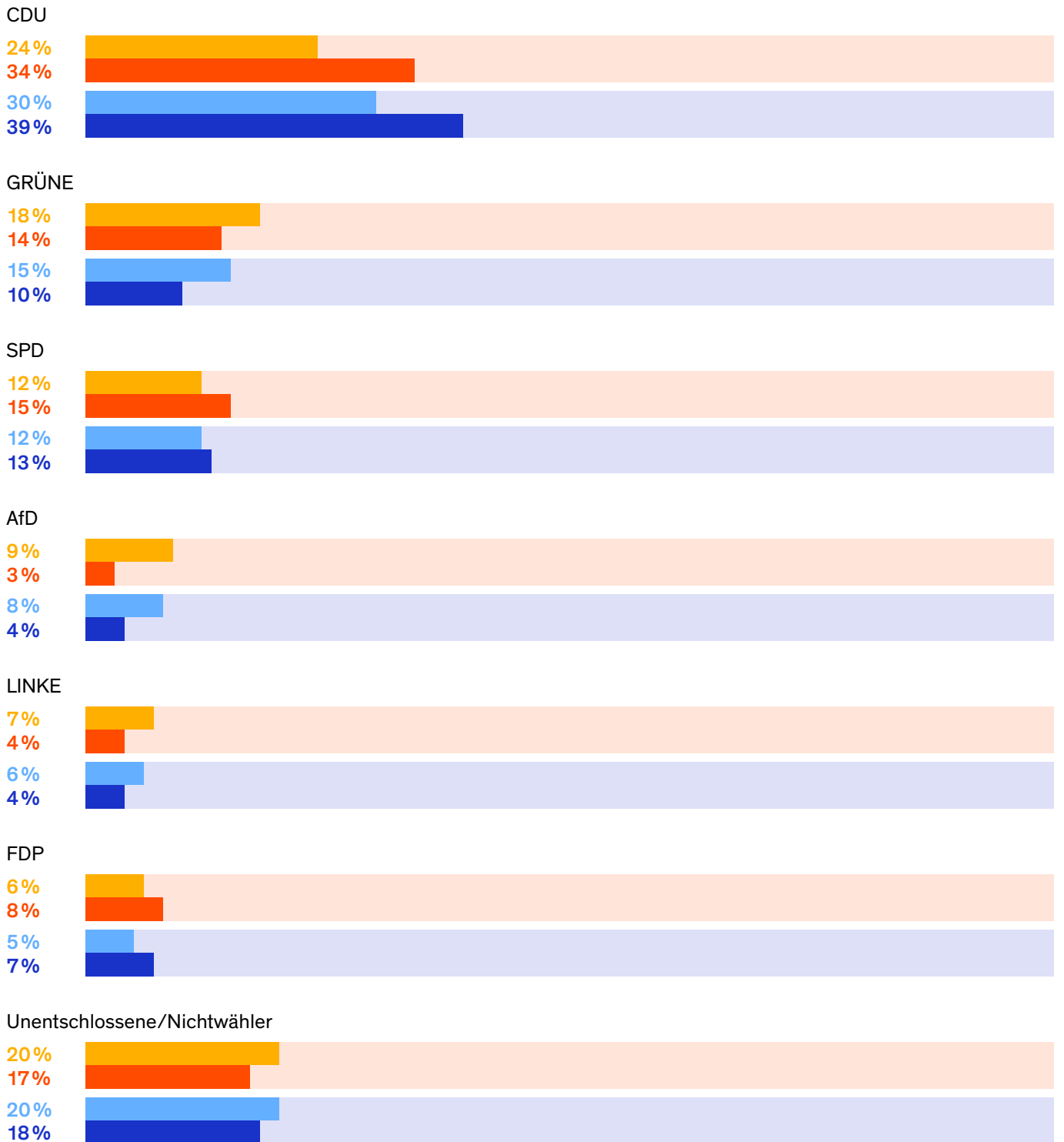
Überraschenderweise zeigte sich beim Informationsverhalten eine leichte Tendenz zur Selektion: Viele gaben an, nur bestimmte politische Themen medial zu verfolgen.

Soziodemographisch wurden dieser Gruppe häufiger Akademiker mit etwas höherem Einkommen zugeordnet. Abbildung 15 zeigt schließlich das Wahlverhalten der Zufrieden-Moderaten in unserer Stichprobe: Wenig überraschend wählten sie deutlich häufiger als der Durchschnitt CDU und CSU – diese sind mit Abstand die stärksten Parteien in diesem Cluster. SPD und FDP sind ebenfalls – wenn auch geringfügig – überdurchschnittlich vertreten. Deutlich unterrepräsentiert ist in dieser Gruppe vor allem die AfD, aber auch die Grünen und die Linke haben in dieser Gruppe weniger Stimmen als im Durchschnitt der Gesamtstichprobe.

Typ 1: Die Zufrieden-Moderaten

Parteipräferenzen: CDU/CSU, SPD, FDP

„Wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre, welche der folgenden Parteien würden Sie dann wählen?“



Die Umweltbewussten engagierten Optimisten

Im Mittel ließ sich aus 26 Prozent der Befragten die Gruppe der Umweltbewussten engagierten Optimisten bilden, die zweitgrößte der Stichprobe. Diese Gruppe zeichnete sich im Antwortmuster durch eine hohe Zufriedenheit mit dem eigenen Leben und gesamtgesellschaftlichen Optimismus aus. Dabei zeigte sie sehr klare Positionen und Kritikpunkte gegenüber der Politik.

Bezogen auf das eigene Leben und die Umwelt gab diese Gruppe an, kaum verunsichert zu sein, sondern die gegebene Multioptionalität als Freiheit zu schätzen. Auch waren die Umweltbewussten engagierten Optimisten die Gruppe, die einen Wandel in Deutschland am stärksten als Chance bewertete. Klimawandel und soziale Gerechtigkeit wurden von den Befragten mit Abstand als wichtigste Themen bewertet, wobei hier auffällig war, dass fast alle Maßnahmen als positiv gesehen wurden – auch die, die den individuellen Lebensstil einschränken würden.

Bei Fragen zur Bewertung der Politik wurde überdurchschnittlich häufig angegeben, die Politik handle zu langsam, sei zu intransparent und stehe still – besonders in Bezug auf Maßnahmen im Bereich Klimaschutz. Gefordert wurde von dieser Gruppe, dass Politikerinnen und Politiker Visionen für die Zukunft aufzeigen, bürgernäher agieren und respektvoller handeln sollten. Befragte dieser Gruppe gaben ebenfalls als Einzige an, Politik solle sich vor allem an ethischen Werten orientieren. Von allen Gruppen zeigten die hier eingeordneten Befragten die höchste Informationsaktivität und beantworteten Fragen zu politischem Wissen am häufigsten richtig.

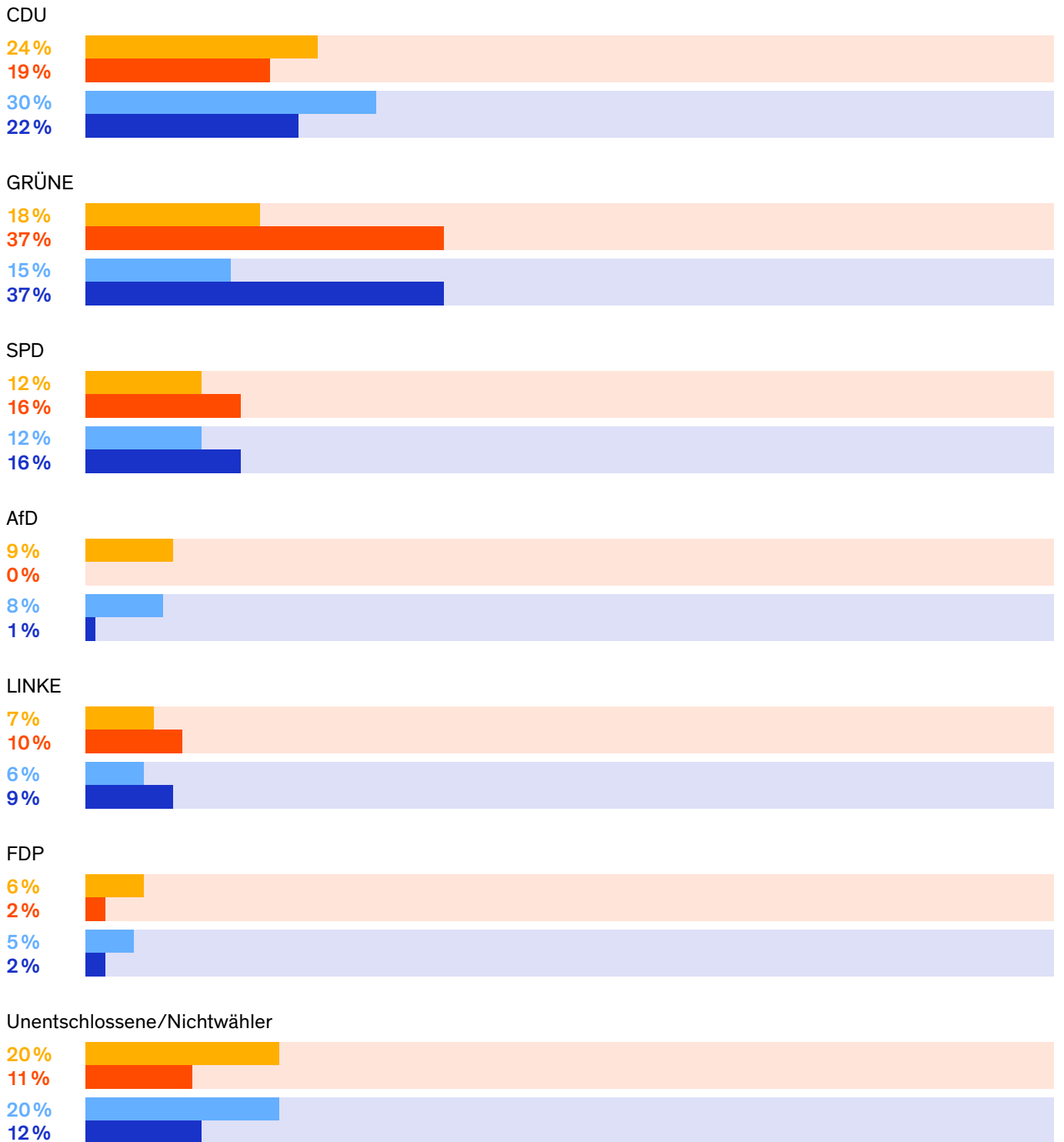
Die geäußerten Kritikpunkte an der aktuellen Politik in Deutschland hatten eher progressiven Charakter: Trotz Unzufriedenheit in manchen Bereichen war unter den Befragten nicht Politikverdrossenheit, sondern eher Engagement und politische Mobilisierung zu erkennen.

Abbildung 16 zeigt schließlich das Wahlverhalten dieser Gruppe. Auch hier sind die Ergebnisse angesichts des Antwortmusters wenig überraschend. Deutlich überproportional gaben diese Befragten an, die Grünen zu wählen. Auch die SPD und die Linke sind leicht überrepräsentiert, allerdings bei weitem nicht so stark. Parteien des konservativeren Spektrums erhielten in dieser Gruppe einen unterdurchschnittlichen Stimmanteil, die AfD gab in dieser Gruppe keiner der Teilnehmenden als präferierte Partei an.

Typ 2: Die umweltbewussten, e. Optimisten

Parteipräferenzen: Grüne, SPD, Linke

„Wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre, welche der folgenden Parteien würden Sie dann wählen?“



März 2020 Juli 2020 Gesamt Umweltbewusste, engagierte Optimisten

Die überforderten Ängstlichen

Einen deutlich kleineren Anteil der Stichprobe als die vorherigen Erwartungstypen hatten mit durchschnittlich 17,5 Prozent die Befragten, aus denen der Typus der Überforderten Ängstlichen gebildet wurde. Bezogen auf ihre eigene Lebenssituation und die Einschätzung der gesellschaftlichen Stimmung und Entwicklung in Deutschland bildeten die Antworten der Befragten dieses Typus gewissermaßen das Gegenstück zu den Umweltbewussten engagierten Optimisten: Sie gaben an, sich eher unsicher zu fühlen, zeigten eine überdurchschnittlich hohe Unzufriedenheit mit dem eigenen Leben und sahen auch die Zukunft für Deutschland negativ. Multioptionalität wurde in dieser Gruppe nicht als Freiheit bewertet, sondern eher als Überforderung.

Die Forderung nach einer Veränderung in der Politik war in dieser Gruppe mit Abstand am deutlichsten zu sehen: Allen Vorschlägen nach Änderungen und gewünschten Handlungsmaximen in der deutschen Politik wurde maximal – und somit in sich teils widersprüchlich – zugestimmt. In der Bewertung der Politik und politischer Maßnahmen beklagten auch die Überforderten Ängstlichen eine Lähmung oder Stillstand und befürworteten stärkere Regulierung. Im Gegensatz zum zuvor vorgestellten Typus hatten die Forderungen aber eher die Konnotation, stärkeren Schutz und mehr Sicherheit zu wollen als progressiven Wandel herbeizuführen: So wurde eine Schließung der Grenzen Deutschlands stark befürwortet, ebenso ein stärkerer Verbraucherschutz. Auch stimmten sie Aussagen zu, die den Staat im Sinne von mehr Sicherheit und Kontrolle stärken würden.

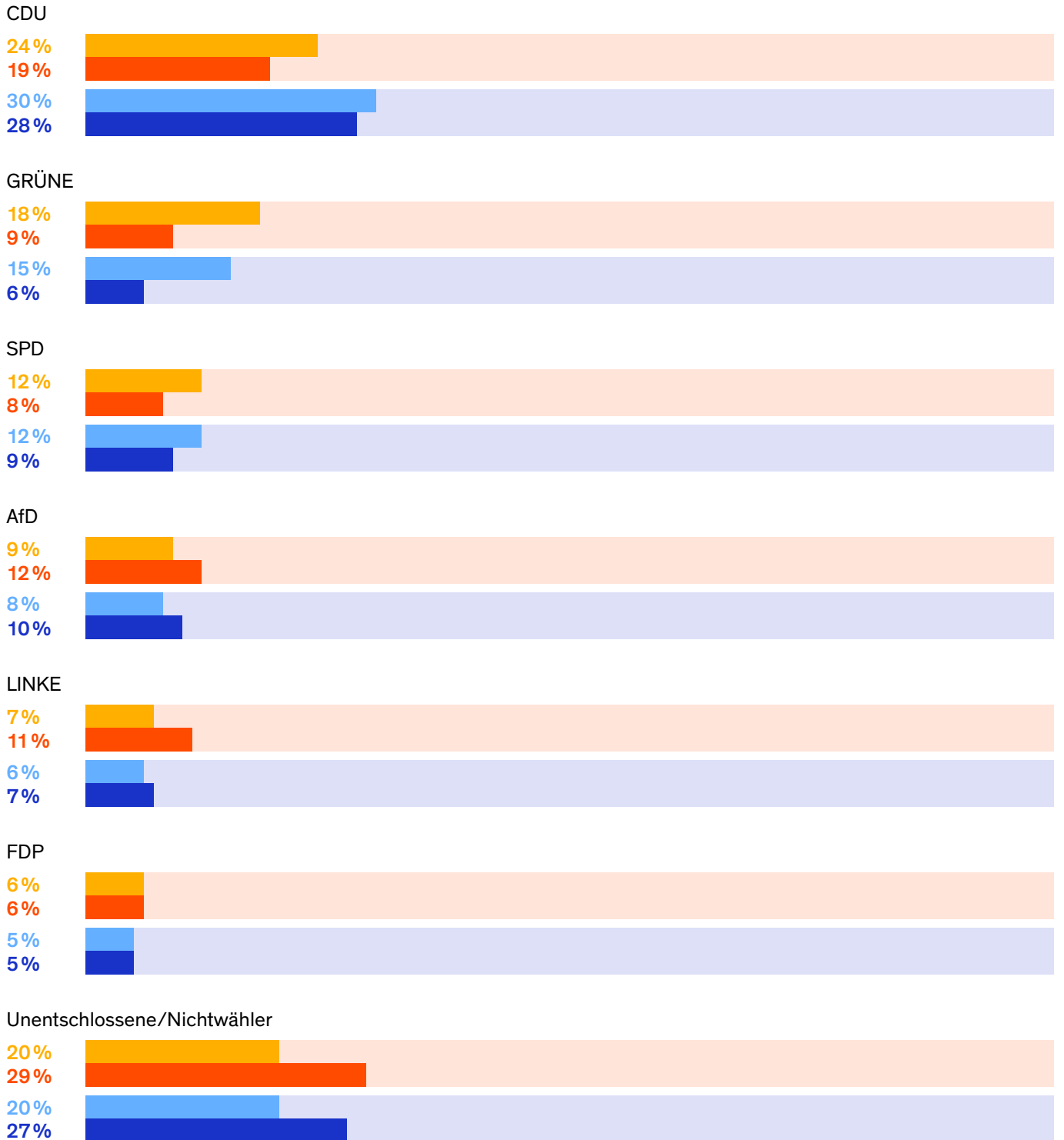
Die Gruppe gab am häufigsten an, Angst vor einer Infektion mit dem Corona-Virus zu haben. Öffentlich-rechtlichen Sendern sowie Zeitungen und Radio war diese Gruppe misstrauisch gegenüber eingestellt.

Gegenüber politischen Parteien zeigten Befragte dieser Gruppe das stärkste Misstrauen. Wie in Abbildung 17 zu sehen ist, fanden sich in dieser Gruppe deutlich überdurchschnittlich häufig Nichtwählerinnen und Nichtwähler oder Unentschlossene. Die Personen unter den Überforderten Ängstlichen, die wählen, gaben ihre Stimme überdurchschnittlich häufig der AfD und der Linken. Die übrigen Parteien waren im Vergleich zum Durchschnitt unterrepräsentiert.

Typ 3: Die überforderten Ängstlichen

Parteipräferenzen: Unentschlossen/Nichtwähler, AfD, Linke, (CDU/CSU)

„Wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre, welche der folgenden Parteien würden Sie dann wählen?“



März 2020 Juli 2020 Gesamt Überforderte Ängstliche

Die Enttäuschten Radikalen

Die vierte Gruppe, die durch die Cluster-Analyse gebildet werden konnte, sind die Enttäuschten Radikalen. Im Mittel machten Befragte, die dieser Gruppe zugeordnet wurden, 14 Prozent beider Erhebungen aus.

Befragte dieser Gruppe gaben an, sowohl von dem eigenen Leben als auch von der Politik in Deutschland enttäuscht zu sein. Die gesellschaftliche Situation bewerteten sie auffällig negativ: Am deutlichsten betonten diese Befragten, sich unsicher und überfordert zu fühlen, und beklagten einen Werteverlust der Gesellschaft. Ähnlich wie die zuvor vorgestellte Gruppe der Überforderten Ängstlichen zeigten auch diese Befragten sich pessimistisch in Bezug auf die Zukunft Deutschlands.

Wie die anderen Erwartungstypen beklagten sie den Stillstand der deutschen Politik, allerdings zeigten sich in der Bewertung einzelner politischer Themen starke Unterschiede zu den vorherigen Gruppen. Als einziger Erwartungstypus waren die Enttäuschten Radikalen der Ansicht, im Bereich Klimaschutz täte die Politik zu viel, Maßnahmen in diesem Bereich lehnten sie weitestgehend ab. Beim Thema Migration sprachen sie sich sowohl für Grenzsicherungen als auch für Abschiebung von Migrantinnen und Migranten aus. Maßnahmen im Bereich innere Sicherheit wurden von dieser Gruppe sehr positiv bewertet, ebenso wie ein starker Staat. Auf die Frage, nach welchen Kriterien die Politik Entscheidungen treffen sollte, gaben diese Befragten überdurchschnittlich häufig an, dass ihre eigenen Interessen und Bedürfnisse dafür maßgeblich sein sollten.

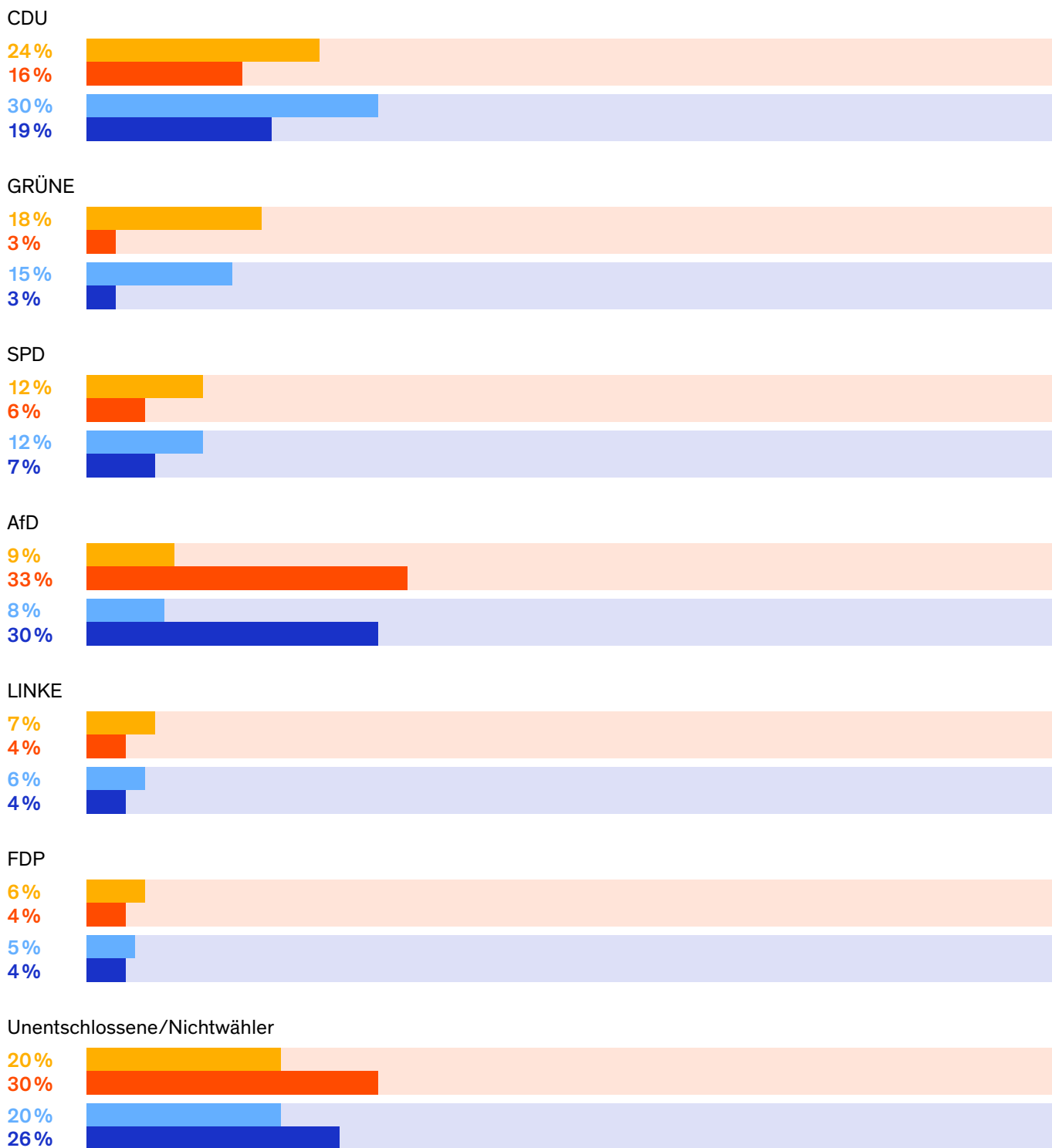
Ebenso wie der Typus der Überforderten Ängstlichen zeigte diese Gruppe ein starkes Misstrauen in politische Parteien. Von allen Gruppen äußerten die Enttäuschten Radikalen das stärkste Misstrauen gegenüber klassischen Medien. Soziale Medien wurden als Quelle für politische Informationen deutlich präferiert, das Informationsverhalten der Gruppe war allerdings generell eher wenig intensiv.

Betrachtet man das Wahlverhalten dieses Erwartungstypus in Abbildung 18, sind der weit überproportionale Stimmanteil für die AfD und der stark unterdurchschnittliche Stimmanteil für die Grünen angesichts der inhaltlichen Ausrichtung der Antworten wenig überraschend. Auch gab es in dieser Gruppe einen hohen Anteil an Nichtwählerinnen und Nichtwählern oder Unentschlossenen. SPD, die Linke und FDP sind jeweils unterdurchschnittlich vertreten.

Typ 4: Die enttäuschten Radikalen

Parteipräferenzen: AfD, Unentschlossen/Nichtwähler

„Wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre, welche der folgenden Parteien würden Sie dann wählen?“



März 2020 Juli 2020 Gesamt Enttäuschte Radikale

Die Desinteressierten Zurückgezogenen

Als letzter Typus wurden die Desinteressierten Zurückgezogenen gebildet. 12 Prozent unserer Befragten wurden diesem Typus im Mittel zugeordnet. Die gesamtgesellschaftliche Lage in Deutschland wurde von den Befragten relativ neutral bewertet: Es zeigte sich weder eine besonders positive noch negative Tendenz. In der Bewertung der eigenen Lebenssituation zeigte sich diese Gruppe etwas unzufriedener als der Durchschnitt, allerdings nicht in der Radikalität wie die Enttäuschten Radikalen oder die Überforderten Ängstlichen.

In Bezug auf Politik wurden kaum klare Meinungen artikuliert: Häufig wurde auf die Option „Ich weiß es nicht“ ausgewichen. Alle Politikfelder wurden als eher weniger wichtig bewertet. Die Zufriedenheit mit der Politik in Deutschland wurde – ähnlich wie die eigene Lebenssituation – sehr unauffällig bewertet: Die Gruppe zeigte weder eine starke Unzufriedenheit noch eine starke Zustimmung. In der Bewertung politischer Maßnahmen fand sich zu keinem Vorschlag starke Zustimmung. Auch die Desinteressierten Zurückgezogenen stellen ihre eigenen Interessen in den Vordergrund: Politik solle Entscheidungen nach ihren Bedürfnissen treffen. Die Fragen zu politischem Wissen beantworteten Befragte dieses Typus am häufigsten falsch.

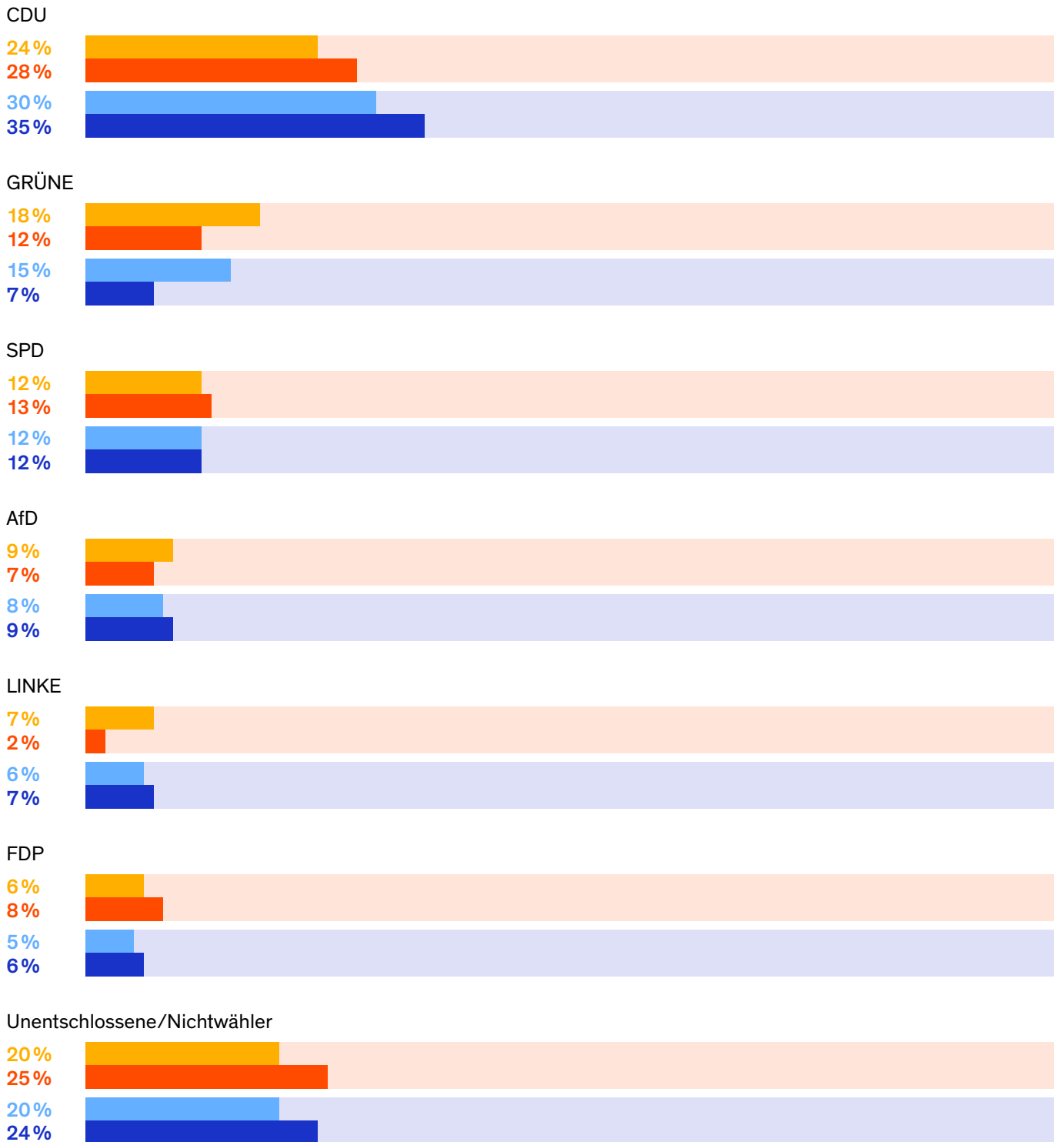
Ihr Informationsverhalten war von allen Gruppen am wenigsten intensiv, oft gaben Befragte dieser Gruppe an, sich eher um das eigene Leben zu kümmern als um politische Themen. Auch hier war das Misstrauen gegenüber offiziellen Informationsquellen stark ausgeprägt, sozialen Medien und WhatsApp-Gruppen vertrauten die Befragten deutlich mehr.

Diese Gruppe beantwortete auch die Fragen nach der Corona-Pandemie sehr gleichgültig: Es äußerte sich weder starke Angst noch ausgeprägte Befürwortung oder Ablehnung gegenüber den staatlichen Maßnahmen.

Abbildung 19 zeigt das Wahlverhalten dieser Gruppe im Vergleich zum Durchschnitt der Stichproben. Befragte gaben an, überdurchschnittlich häufig CDU/CSU und FDP zu wählen, die SPD war fast durchschnittlich vertreten. Überdurchschnittlich oft gab es in dieser Gruppe ebenfalls Unentschlossene oder Nichtwählerinnen und Nichtwähler (25 Prozent).

Typ 5: Die desinteressierten Zurückgezogenen

Parteipräferenzen: Kaum profiliert, etwas mehr CDU/CSU und Unent./Nichtw.
„Wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre, welche der folgenden Parteien würden Sie dann wählen?“



März 2020 Juli 2020 Gesamt Desinteressierte Zurückgezogene

5

Lösungsansätze

Die Befunde der Studie sind insgesamt nicht so negativ, wie es Äußerungen über die zunehmende Spaltung der Gesellschaft manchmal vermuten lassen: Rund 60 Prozent der Befragten in beiden Stichproben lassen sich in Erwartungstypen einordnen, die weitgehend zufrieden oder sogar – im positiven Sinne – politisch engagiert sind, die optimistisch in die Zukunft schauen und im demokratischen Rahmen Wandel herbeiführen wollen. Insgesamt ist dieser Befund nicht neu und findet sich in etwa gleich verteilt in einer Vielzahl von Studien.

Dennoch bleiben in unserer Studie 40 Prozent der Befragten, die sich enttäuscht zeigen, von der Politik abgehängt fühlen, die Zukunft ängstlich sehen, angesichts der aktuellen Lage überfordert sind, sich radikalieren oder Desinteresse gegenüber Politik und gesellschaftlichen Sachverhalten äußern. Ziel der Studie war es, die Lebenswirklichkeit eben dieser Gruppen genauer in den Blick zu nehmen, um es politischen Akteurinnen und Akteuren in Deutschland zu ermöglichen, besser auf deren Bedürfnisse einzugehen. Es muss vermieden werden, dass diese Gruppen sich gesellschaftlich und politisch weiterhin abgehängt fühlen.

Unsere Ergebnisse zeigen hier klare Punkte über alle Gruppen hinweg auf, die in der Beziehung zwischen Politik und Bürgerinnen und Bürgern problematisch zu sein scheinen. Unser Anliegen ist es, aus den uns vorliegenden Ergebnissen Lösungsansätze für Politikerinnen und Politiker abzuleiten. Hier sei ebenfalls angemerkt, dass es nicht nur Aufgabe der Politik sein kann und darf, die gesellschaftlichen Probleme, mit denen wir uns konfrontiert sehen, zu lösen. Die hier von uns angebotenen Ansätze erheben auch keinesfalls Anspruch darauf, eine vollständige Lösung zu präsentieren. Vielmehr ist es für uns erstrebenswert, in der Debatte allgemein lösungsorientiert vorzugehen. Wir wollen deshalb hier einen ersten Versuch unternehmen, Lösungen über die Problematisierung hinaus anzubieten.

Allgemein wird Politik in unserer Studie eher negativ bewertet. Aus den Befunden lassen sich die Wünsche nach mehr Transparenz und Verständlichkeit, nach deutlicherer Haltung und klaren Werten, und nicht zuletzt nach einer stärkeren Handlungsfähigkeit der Politik erkennen. Dass es an all dem scheinbar mangelt, hat insgesamt einen Vertrauensverlust gegenüber Politik und Parteien zur Folge. Neu ist der Befund nicht, und uns ist bewusst, dass den betroffenen Akteurinnen und Akteuren das Problem meist bereits bekannt ist. Ein paar Differenzierungen und unter Umständen hilfreiche Ansätze lassen sich in Verbindung mit den oben aufgeführten Wünschen dennoch formulieren.

Zwischen Haltung in spezifischen Fragen und grundlegenden Werten besteht natürlich ein Zusammenhang, allerdings muss beides getrennt gesehen werden: Werte nicht zu verlieren, während Haltungen zu bestimmten Fragen und Themen sich manchmal ändern müssen, ist wichtig. Grundlegende Werte, die Bürgerinnen und Bürgern Orientierung geben, sind dabei notwendig, um ein klar abgrenzbares Profil der Partei und der eigenen Position zu schaffen. Diese grundlegenden Werte müssen scheinbar deutlicher artikuliert und gegenüber der Bevölkerung besser kommuniziert werden. Allerdings sagten unsere Befrag-

ten auch, es gebe zu viel Profilierungssucht, man wünsche sich Kompromisse. Beides zu erfüllen – eine klare Position haben und gleichzeitig auf Kompromisse eingehen – ist mit Sicherheit nicht einfach. Dennoch mag eine Lösung sein, in grundlegenden Fragen klar aufzuzeigen, was die eigene Position ist, während in der politischen Praxis Kompromisse eingegangen werden müssen, die der Parteilinie widersprechen mögen. Hier wäre es aus unserer Sicht ein Anfang, diese Kompromisse nachvollziehbar zu machen – wieso musste man sie eingehen, in welchen Punkten widersprechen sie der eigenen Position, aber aus welchen Gründen hält man sie dennoch für vertretbar? Politik kann hier erheblich durch die eigene Kommunikation dazu beitragen, wieder mehr Klarheit in die Gesellschaft zu bringen.

Verständlichkeit der Politik allgemein schien ebenfalls ein Problem unserer Befragten zu sein – politische Prozesse wurden als gelähmt empfunden, den Parteien vertrauten die meisten Befragten wenig. Wichtige Gründe hierfür mögen sein, dass politische Prozesse zum einen nicht ausreichend transparent gemacht und zum anderen nicht offen und klar genug kommuniziert werden. In Entscheidungsfindungen müssen Verantwortlichkeiten klarer zuzurechnen sein und der Prozess bis zur Entscheidung muss nachvollziehbar und gut begründbar sein.

Wer die Komplexität demokratischer Aushandlungsprozesse nicht kennt, mag auch den zeitlichen Aufwand nicht verstehen. Eine stärkere Einbeziehung von Bürgerinnen und Bürgern in politische Prozesse könnte hier ein erster Schritt sein, diese verständlicher zu machen – die positive Bewertung dieses Angebots in unserer Studie spricht dafür. Auch hier muss die Kommunikation mit Bürgerinnen und Bürgern verbessert werden: Ein Verständnis dafür zu schaffen, welchen Aufwand politische Arbeit bedeutet, könnte dem Eindruck der Handlungsunfähigkeit entgegenwirken. Den Aufwand für politische Arbeit kann man nur vermitteln, wenn man die Gesellschaft stärker in die Prozesse einbindet und sie öffentlicher an ihnen teilhaben lässt. Schließlich wurde auch deutlich, dass unsere Befragten von Politik und Staat erwarten, entsprechende Angebote zu machen. Obwohl in unserer Stichprobe nur knapp 20 Prozent der Befragten angaben, sich gesellschaftlich zu engagieren, legen die Ergebnisse nicht nahe, dass dies mangels Interesses auf so geringem Niveau passiert – ganz im Gegenteil war das Interesse an übergeordneten, gesamtgesellschaftlichen Themen sogar sehr hoch. Dennoch wurde die Erwartung deutlich, dass das konkrete Angebot, zu partizipieren und sich zu engagieren, von Seiten der Politik kommen sollte.

Die politische Sphäre für Bürgerinnen und Bürger allgemein mehr zu öffnen, würde außerdem dem Eindruck entgegenwirken, Politikerinnen und Politiker handelten nur unter sich und wären somit weit von der Lebenswirklichkeit der Gesellschaft entfernt. Vertrauen entwickelt sich durch Verständlichkeit, Beständigkeit, Respekt und Ehrlichkeit. Die distanzierten Gruppen können zu einem größeren Teil wieder stärker gebunden werden, wenn Politikerinnen und Politiker deutlich machen, was die eigenen Werte, die eigenen Kompetenzen sind, wo diese beginnen und wo sie enden. Das praktische Handeln muss das Bild durchbrechen, man sei nur aufeinander bezogen.

6

Fazit

Insgesamt ist diese Studie von uns ein erster Schritt, die gesellschaftliche Verantwortung, die wir übernehmen wollen, mitzutragen. Unsere Überzeugung ist, dass nicht nur wir, sondern Unternehmen allgemein sich zunehmend gesellschaftlich engagieren müssen, um unsere Demokratie zu stabilisieren.

In unserer Studie haben wir ein Bild der Lebenswirklichkeit in Deutschland erfasst, um zu verstehen, wie die Menschen ihre zunehmend komplexe Umwelt wahrnehmen und welche Erwartungen sich daraus an die Politik ergeben. Auf Basis der Befunde haben wir versucht, einen Anstoß zu einer weniger problematisierenden und stärker lösungsorientierten Debatte zu geben. Wir sind überzeugt, dass das ein produktiverer und vielleicht zu selten unternommener Schritt ist, um Zusammenhalt in der Gesellschaft wieder zu stärken.

Die Studie gibt zu diesem Zeitpunkt keine abschließende Antwort oder Lösung für aktuelle politische Problematiken. Allerdings ist es aus unserer Sicht immer wieder notwendig, die Perspektiven und Umstände von Menschen – ihre Lebenswirklichkeit – in politische Prozesse und Entscheidungen mit einzubeziehen. Nur so kann verhindert werden, dass sich manche Gruppen der Gesellschaft immer weiter von demokratischen Werten entfernen und zunehmend radikale Positionen einnehmen.

Die Studie war Anlass für viele produktive und interessante Diskussionen, sowohl innerhalb als auch außerhalb des Unternehmens. Politischer Austausch wurde ebenso angeregt wie der Diskurs über gesellschaftliche Herausforderungen, über die Notwendigkeit, Verantwortung mitzutragen, und über individuell empfundene Probleme mit der Politik in Deutschland. Das allein ist für uns bereits als positives Ergebnis der Studie zu bewerten. Wir wollen die Erhebung deshalb in den nächsten Jahren fortsetzen.

Abschließend sehen wir für uns den Befund, von dem wir zu Beginn der Studie ausgegangen sind, deutlich bestätigt: Unternehmen müssen sich in einer sich zunehmend schneller wandelnden und immer komplexeren Gesellschaft engagieren. Wer über die Ressourcen dazu verfügt, sollte dem auch dauerhaft nachkommen. Das gilt für uns auch über diese Studie hinaus. Sie hat gezeigt, wie produktiv es sein kann, Verantwortung zu übernehmen, und bildet damit einen Ausgangspunkt für weiteres gesellschaftliches Engagement.

Abb. 1 Dreistufiges Untersuchungsdesign der Studie	9
Abb. 2 Fragebogenaufbau	11
Abb. 3 Bewertung der Stimmung in Deutschland und der eigenen Lebenssituation	16
Abb. 4 Einschätzung über die Zukunft in Deutschland	18
Abb. 5 Parteipräferenzen bei der Bundestagswahl	20
Abb. 6 Bewertung der deutschen Politik	22
Abb. 7 Wahrgenommene Klarheit des Parteiprofils unter Parteien in Deutschland	24
Abb. 8 Bewertung politischer Themen nach Relevanz	26
Abb. 9.1–9.3 Bewertung von einzelnen Maßnahmen in Politikfeldern	28–30
Abb. 10 Bewertung von Maßnahmen zur Verbesserung der Kommunikation zwischen Bürgern und Regierung	32
Abb. 11 Bewertung von Vorschlägen für digitale Services	33
Abb. 12 Erwartungen an die Regierungsarbeit in Deutschland	35

Abb.13 Einschätzung zur Corona-Pandemie	37
Abb.14 Einordnung Erwartungstypen anhand von Politisierungsgrad und Grad der Tendenz zur Simplifizierung gesellschaftlicher Sachverhalte	41
Abb. 15 Parteipräferenzen der Zufrieden-Moderaten im Verhältnis zur Stichprobe	43
Abb. 16 Parteipräferenzen der Engagierten Optimisten im Verhältnis zur Stichprobe	45
Abb. 17 Parteipräferenzen der Überforderten Ängstlichen im Verhältnis zur Stichprobe	47
Abb. 18 Parteipräferenzen der Enttäuschten Radikalen im Verhältnis zur Stichprobe	49
Abb. 19 Parteipräferenzen der Desinteressierten Zurückgezogenen im Verhältnis zur Stichprobe	51

Philip Morris GmbH
Am Haag 14
82166 Gräfelfing

Projektleitung

Stephan Röckemann
Leiter Konzernrepräsentanz
GovernmentAffairsBerlin.PMG@pmi.com

Geschäftsführung

Markus Essing (Vorsitzender), Laurent Martenet,
Claudia Oeking, André Sorge, Thorsten Scheib,
Markus Schöngassner

Eingetragen im Handelsregister des Amtsgerichts München
unter HRB 49432, USt ID: DE 129 444 528

Kontakt

Tel.: +49 89 7247 0
E-Mail: Kontakt.PMG@pmi.com

Konzept und Gestaltung

BOROS



PHILIP MORRIS GMBH